Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, der Bürgermeisterämter und Ämter des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernruf 92 und 97. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 110 | Samstag, den 23. April | Jahrgang 1927

Eine neue Tripleentente?

Von unserer Berliner Redaktion.

() **Berlin**, 22. April. (Eig. Drahtb.)

Die „B. Z." meldet aus London, daß der intensive diplomatische Meinungsaustausch, der seit einigen Wochen zwischen London und Paris in Gang gekommen sei, das Ziel habe, in einer Anzahl von Abkommen die neue materielle Grundlage einer englisch-französischen Entente zu legen, die dazu bestimmt sei, Gruppierung und Stärkeverhältnis in Westeuropa auf Jahrzehnte hinaus zu regeln. Die einzelnen Aktionskapitel dieser neuen Entente sollen heißen: Balkan, englisch-französisches Verhältnis zu Italien, Mittelmeer- und Nordafrika-Politik, gemeinsame englisch-französisch-amerikanische Ostasienpolitik. Die diplomatischen Vorarbeiten sollen bis Mitte Mai abgeschlossen werden, damit ihnen anläßlich des Besuches Doumergues in London endgültige Gestalt verliehen werden könne. Die „B. Z." will diese hochpolitischen Mitteilungen aus absolut zuverlässiger diplomatischer Quelle erhalten haben.

Als seinerzeit mit großem Tamtam der Völkerbund gegründet wurde, da wurde allen, die es hören und glauben wollten, die Heilsbotschaft verkündet, daß nunmehr alle Sonderbündnisse ein Ende nehmen würden. An die Stelle der bisherigen Mächtekonstellationen werde eine wahre Völkerfamilie treten, in der alle egoistischen Bestrebungen ausgeschaltet werden würden. Was die Welt seitdem an den Taten mancher im Völkerbund vertretenen Staaten erlebte, war wenig geeignet, die Ueberzeugung von einer solch edlen Mission der Gesellschaft der Nationen zu stärken. Vielmehr haben sich gerade oft genug im Schoße dieses Völkerbundgremiums Tendenzen zu bestimmten Gruppierungen bemerkbar gemacht, die den früheren Bestrebungen auf Schaffung von „Schutz- und Trutzbündnissen" verteufelt ähnlich sehen.

Wenn die jetzt aus London kommende Meldung von der Errichtung einer englisch-französisch-amerikanischen Bündnispolitik zuträfe, dann wäre das ganze Gebilde des Völkerbundes tatsächlich zu einer Farce herabgewürdigt und müßte sich ehrlicherweise sofort liquidieren. Alles, was uns in Locarno und Thoiry in Aussicht gestellt wurde, würde sich ebenfalls als ein Luftgewebe herausstellen, denn Frankreich würde sich ein Bündnis mit den beiden angelsächsischen Mächten wohl damit erkaufen, daß ihm freie Hand gegenüber Deutschland gelassen würde. Gleichzeitig würde aber mit einem solchen Ententebündnis Frankreichs, Englands und Amerikas auch wohl eine Angriffspolitik gegen Rußland verknüpft sein, die Deutschland mit dem Abschluß des Vertrages von Rapallo und des Berliner Vertrags in einen Gegensatz zu den drei Mächten bringen würde. Aber auch Italien würde sich ohne Frage durch die Begründung einer französisch-englisch-amerikanischen Tripleentente bedroht fühlen müssen und seine Bemühungen, auch seinerseits eine Bündniskonstellation zu seinen Gunsten zu schaffen, nur noch verdoppeln. Trotz aller Völkerbundspolitik wären wir also damit wieder glücklich bei den Methoden der Vorkriegszeit angelangt, die infolge der scharfen Gegensätze der einzelnen Mächtegruppierungen den Weltbrand entzündeten.

Die Nachricht aus London klingt so ungeheuerlich, daß man sie in Berliner diplomatischen Kreisen zunächst als eine Zweckmeldung zu betrachten geneigt ist, die vor allem mit dem gegenwärtigen Stand des Balkankonflikts in Verbindung zu bringen sein dürfte. Mussolini hat bekanntlich offiziell direkte Verhandlungen mit Jugoslawien noch nicht abgelehnt. Es scheint aber, daß Italien eine Erörterung des Tirana-Vertrages mit Jugoslawien nicht wünscht, und daß die direkten Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien, durch die England und Frankreich gemeinsam eine Beilegung des Balkankonfliktes zu erreichen hoffen, scheitern. Da man weder in Berlin noch in London und Paris Neigung hat, den Konflikt dem Völkerbundsrat zu unterbreiten, würde zunächst in dem Konflikt nichts mehr geschehen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Italien und Jugoslavien durch irgend einen Zwischenfall in Albanien würde weiter bestehen und England hätte ein Interesse daran, Italien gegenüber eine Solidarität mit Frankreich in den Balkanfragen zu betonen. In diesem Falle wäre also der Zweck der Uebung die Absicht, auf Italien einen bestimmten Druck auszuüben. Und darum scheint es, als ob man die Gerüchte in London offensichtlich stark übertreibt und Pläne, die vielleicht in den diplomatischen Besprechungen zwischen London und Paris erörtert werden, als Tatsachen hinstellt. Jedenfalls erscheint es auf den ersten Blick doch auch ungewöhnlich, daß die amerikanische Regierung sich in einem solchen Umfang auf eine gemeinsame Entente mit Frankreich und England in allen europäischen Fragen ein Jahr vor der Präsidentenwahl festlegen sollte, nachdem Amerika eine Einmischung in die europäischen Fragen ständig abgelehnt und ein ganz ähnliches Bündnis mit Frankreich und England kurz nach dem Kriege nicht ratifiziert hat, obwohl es in Versailles in allen Einzelheiten vereinbart war. Eine weitere noch immer ungelöste und auch nicht im Handumdrehen zu lösende Frage ist die der internationalen Schulden, wo sich Amerika bisher stets völlig unnachgiebig gezeigt hat. Auf der anderen Seite muß aber beachtet werden, daß aus dem Zwang für England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, in China gemeinsame Politik zu treiben, sich auch insofern der Zwang zu gemeinsamer Politik in Europa entwickeln kann, als ein Zusammengehen von England und Frankreich in China natürlich von einer Einigung in den europäischen Fragen abhängt und begleitet sein muß.

Daß die englische Meldung, die wahrscheinlich zu einer sehr umfangreichen außenpolitischen Debatte und zu vielfachen diplomatischen Verhandlungen Anlaß geben wird, sich nicht nur auf den albanischen Konflikt, sondern auch auf Deutschland und gegen Rußland bezieht, ergibt sich ohne weiteres daraus, daß der „Daily Telegraph" diese Meldungen, die übrigens in Paris im Zusammenhang mit der Reise Doumergues nach London nur auf Albanien bezogen werden, mit Angriffen gegen Deutschland verknüpft. Der „Daily Telegraph" behauptet, daß die deutsche Regierung im Verein mit deutschen Großbanken Rußland einen Handelskredit von 40 bis 60 Millionen Pfund Sterling auf acht Jahre gewähren wolle. Von Berliner zuständiger Stelle wird jedoch kategorisch erklärt, daß irgendwelche Verhandlungen über einen derartigen Handelskredit weder geführt worden sind, noch gegenwärtig geführt werden.

Der Abschluß der Genfer Beratungen.

Erklärungen Bernstorffs.

× **Genf**, 22 April. Im Vorbereitenden Ausschuß für die Abrüstungskonferenz gab Graf Bernstorff nach Eröffnung der Aussprache über den Abschnitt betreffend die Ratifikation der Abrüstungskonvention eine längere Erklärung zu dem Artikel 28 des französischen Vorentwurfes, wonach die Abrüstungsbestimmungen bereits bestehender Verträge, also auch des Versailler Vertrages, durch die Abrüstungskonvention nicht beeinträchtigt werden können. Diese Bestimmung, die Deutschland vollständig aus dem Abkommen ausschließt und es auf den Versailler Vertrag zurückwirft, rief selbstverständlich sofort den Grafen Bernstorff auf den Plan. Er wies darauf hin, daß Deutschland, wie auch Paul-Boncour und Brouckère anerkannt haben, ein juristisches und moralisches Recht auf allgemeine Abrüstung hat. Dieses Recht sei geradezu die Basis für Deutschlands Teilnahme an der Abrüstungskonferenz. Die Lage Deutschlands ist, so betonte er, von Grund aus von der der anderen Staaten verschieden, da diese neue Abrüstungsverpflichtungen übernehmen müssen, während Deutschland seine Rechte darauf geltend macht, die Abrüstung der anderen Staaten verwirklicht zu sehen. Dieser Gesichtspunkt sei für die Stellungnahme Deutschlands gegenüber den verschiedenen Vorentwürfen bestimmend. Deutschland werde seine Zustimmung nur einer Konvention geben können, die seine rechtlichen Ansprüche zufriedenstellt. Eine Konvention, die diese Bedingung nicht erfüllt, wäre für Deutschland nicht annehmbar, das eine solche Konvention nicht als Erfüllung seines anerkannten juristischen und moralischen Rechtes ansehen könne. Deutschland verlange zwar nur eine erste Etappe, die der heutigen Lage entspricht. Es müsse aber eine wirkliche erste Etappe auf dem Wege der Abrüstung sein; denn die Verpflichtung der Gegenseite zur allgemeinen Abrüstung müsse eingelöst werden und dürfe nicht ad calendas graecas verschoben werden. Noch sei nicht zu erkennen, ob die Konvention den Rechtsansprüchen Deutschlands genügen werde. So fehlen noch ganz die Zahlen. Aber auch die Armeereserven und das Armeematerial seien vorläufig nicht aufgenommen, ganz abgesehen davon daß gewisse Kriegsmethoden, welche den abgerüsteten Staaten nicht zu Gebote stehen, in den bisherigen Verhandlungen noch kaum gestreift wurden. Graf Bernstorff behielt sich deshalb bezüglich des Artikels 28 des französischen Vorentwurfes das Weitere vor und legte eine Generalreserve für den ganzen Vertrag ein, solange dieser nicht den grundsätzlichen deutschen Forderungen entspreche. Auch müsse durch die erste Etappe ein weiterer Fortschritt auf dem Wege der Abrüstung im voraus gewährleistet werden.

*

Die Annahme des französischen Vorentwurfs.

◇ **Genf**, 22. April. Der Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz hat den Artikel 28 des französischen Vorentwurfes mit dem gemeldeten deutschen Vorbehalt in erster Lesung angenommen. Zu der deutschen Erklärung ergriffen die Vertreter Frankreichs, Belgiens, Rumäniens und Polens das Wort. Der französische und der belgische Vertreter wiederholten die Anerkennung der Gültigkeit der moralischen und juristischen Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung auf Grund des Artikels 8 des Völkerbundspaktes. Es seien aber auch andere Artikel und Bestimmungen zu beachten, insbesondere jene über die Berücksichtigung der nationalen Sicherheit. Diesen Gedanken unterstrich insbesondere auch der rumänische Delegierte. Der polnische Vertreter verlas eine formulierte Erklärung, in der er sich dagegen aussprach, daß im Vorbereitungsausschuß die Frage der Gültigkeit des Versailler Vertrages diskutiert werde. Graf Bernstorff entgegnete, es liege ihm fern, an den Bestimmungen des Versailler Vertrages zu rütteln. Da aber alle Vertragsbestimmungen eingehalten werden müßten, bestehe Deutschland auf dem ihm zugestandenen Recht inbezug auf die Einleitung und Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung. Sollte, so wiederholte schließlich der deutsche Vertreter, die geplante Abrüstungskonferenz nicht zu einer Konvention führen, die als tatsächliche Verwirklichung einer ersten Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung angesehen werden kann so werde Deutschland mit sich zu Rate gehen müssen, ob es überhaupt eine solche Konvention unterzeichnen könnte. Der polnische Vertreter erklärte sich von dieser Antwort befriedigt, richtete aber die weitere Frage an Graf Bernstorff was er dann mit seinem Vorbehalt wolle. Zur Beantwortung dieser Frage verwies Graf Bernstorff lediglich auf den Wortlaut seiner Erklärung und seines Vorbehaltes.

Die Bedeutung des deutschen Vorbehaltes war natürlich allen Ausschußmitgliedern klar, was in der gesamten Aussprache über die Ratifizierungsbedingungen zum Ausdruck kam. Nach dem englischen Vorschlag hängt das Inkrafttreten des Abkommens u. a. von der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten ab. Der französische Vertreter Clauzel verwies darauf hin, daß, falls Deutschland, wie es durchblicken ließ, nicht unterzeichne, das ganze Abkommen nicht in Kraft treten könne, worauf sogleich nach allen möglichen Mitteln gesucht wurde, um die Ratifizierungsbedingungen zu erleichtern, eine Aussprache, die angesichts der Tatsache, daß überhaupt noch kein Abkommen besteht, und, falls es einmal besteht, sehr inhaltslos sein durfte, zum mindestens verfrüht erscheint. Man neigte der Meinung zu, daß die Bezeichnung der Mächte, durch deren Ratifikation das Inkrafttreten der Konvention abhängig gemacht werden soll, der Konferenz selbst überlassen wird. Paul-Boncour und Lord Robert Cecil waren auch heute nicht zu den Beratungen erschienen. Letzterer ließ allerdings wissen, daß er vielleicht am Montag wieder in den Ausschuß kommen werde.

★

Die deutsche Generalreserve.

× **Genf**, 22. April. Die vom Grafen Bernstorff abgegebene Generalreserve, die entsprechend seinem Wunsche in den Bericht über die erste Lesung aufgenommen wurde, lautet wie folgt:

Der Konventionsentwurf läßt noch nicht erkennen, ob gewisse grundsätzliche Bestimmungen erfüllt sind, Bedingungen, die im Verlaufe der Beratungen der dritten Tagung des Vorbereitungsausschusses vorgebracht worden sind, und ohne die Deutschland die Konvention nicht als eine erste Etappe der allgemeinen Abrüstung betrachten könnte. Außerdem müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß dieser Etappe innerhalb absehbarer Frist andere Etappen folgen werden, die sichtbare Fortschritte auf dem Wege einer Herabsetzung der Rüstungen bringen werden.

Belgrad für die Anrufung des Völkerbundes.

△ **Paris**, 22. April. Der offiziöse „Petit Parisien" meldet aus Belgrad, daß man in dortigen politischen Kreisen der Ansicht sei, die Großmächte hätten die Pflicht, einen neuen Modus für die Lösung der italienisch-jugoslawischen Differenzen zu finden. Die italienischen Forderungen hinsichtlich der Ratifizierung des Vertrages von Rettuno und des jugoslawischen Kollregimes könnten solange nicht in Frage kommen, als der Vertrag von Tirana in Albanien eine italienische Aggressivpolitik zulasse. Es sei höchstwahrscheinlich, daß Jugoslawien die Anregung geben werde, die Frage vor den Völkerbund zu bringen. Dieser Lösung sei Mussolini jedoch abgeneigt. Trotzdem müsse sich ein Weg finden lassen, der unter Berücksichtigung der italienischen Empfindlichkeit dennoch das Einschreiten des Völkerbundes ermögliche. Rom brauche nur einzusehen, daß der Vertrag von Tirana der internationalen Lage angepaßt werden müsse, was die Anerkennung der italienischen Rechte in Albanien keineswegs ausschließe.

Jugoslawische Warnung an Italien.

◆ **Belgrad**, 22. April. Die offiziöse „Samouprava" warnt Italien davor, die maßvolle Haltung Jugoslawiens als Schwäche auszulegen. Das wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der von unabsehbaren Folgen begleitet sein müßte. Südslawien achte die Rechte anderer, müsse aber auch die volle Respektierung seiner eigenen Rechte verlangen.

Kein Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

)(**Berlin**, 22. April. (Eig. Drahtb.)

In der Oeffentlichkeit macht sich eine gewisse Beunruhigung über die Rückkehr des deutschen Delegationsführers, Ministerialdirektors Posse, nach Berlin geltend, weil man befürchtet, diese Reise hänge mit ernsthaften Schwierigkeiten bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zusammen. Genährt werden diese Vorstellungen durch Meldungen aus Paris, die alles grau in grau sehen. So läßt sich z. B. der Berliner „Lokalanzeiger" von seinem Pariser Korrespondenten u. a. folgendes drahten:

„Man muß leider von einer starken Spannung sprechen, die möglicherweise zu einem vollständigen Abbruch der Verhandlungen führen dürfte. Die Ursache ist der neue französische Zolltarif, gegen den von Anfang an nicht nur von deutscher Seite, sondern vom gesamten Ausland die ernstesten Bedenken erhoben wurden. Die Zollsätze sind so hoch, daß sie die Vorkriegssätze in der Regel um das Dreifache übertreffen. Auf Grund eines solchen Tarifs ist es einfach unmöglich, einen Handelsvertrag abzuschließen, der für beide Teile vorteilhaft wäre. Aber nicht nur die Höchsttarife, auch die Niedrigtarife sind noch derartig hoch, daß ihre Billigung in keiner Weise als ein Ausgleich für die deutsche Meistbegünstigung angesehen werden könnte. Bis in die letzten Tage hinein sind durch Vermittlung der deutschen Botschaft bei dem französischen Handelsministerium Besprechungen abgehalten worden. Diese Besprechungen waren aber leider gänzlich ergebnislos."

In vollständigem Widerspruch zu dieser Darstellung der Dinge steht die von den zuständigen Berliner Stellen gegebene Schilderung. Zu einer Beunruhigung, heißt es in deutschen maßgebenden Kreisen, liege kein Anlaß vor, da der Besuch von Ministerialdirektor Posse in Berlin lediglich den Zweck verfolgt habe, die deutsche Regierung über den Fortgang der Verhandlungen zu informieren. Eine Unterbrechung der Verhandlungen habe nicht stattgefunden, vielmehr werde demnächst, vielleicht schon heute oder morgen, eine weitere Besprechung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem französischen Handelsminister stattfinden. Der Stand der Verhandlungen sei zwar augenblicklich keineswegs sehr günstig und erfreulich, jedoch könne in diesem Stadium ein Urteil über ihre Aussichten noch keineswegs abgegeben werden. Ein gewisser Stillstand in den Verhandlungen werde durch die Weltwirtschaftskonferenz eintreten, da an dieser von französischer Seite Ministerialdirektor Saurruys teilnehmen werde, jedoch bestehe natürlich die Möglichkeit, daß auch im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz über den Fortgang der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen unverbindliche, aber darum nicht minder wertvolle Besprechungen stattfinden könnten.

Die nächsten Wochen werden nun zeigen müssen, wer recht behält: Deutscher Optimismus oder französischer Starrsinn. Einstweilen gilt es, starke Nerven zu behalten und nicht zu vergessen, daß Frankreich einen ordentlichen Handelsvertrag mit uns zum mindesten so notwendig hat, wie Deutschland mit Frankreich.

Demokratische Aktion für den deutschen Einheitsstaat.

Der Hamburger Parteitag der Demokraten.

Hamburg, 22. April.

Im Curio-Hause ist hier gestern der diesjährige Reichsparteitag der Deutsch-demokratischen Partei eröffnet worden. Das erste Referat hielt der Parteivorsitzende

Reichsminister a. D. Dr. Koch über den großdeutschen Einheitsstaat.

Er bezeichnete sich als Anhänger des gegliederten Einheitsstaates. Unitarismus und Dezentrasation, Einheit und Gliederung seien die Vorbedingungen für die Organisation jedes Großstaates. Die Zentrale müsse so schlagfertig und unabhängig gestaltet werden, daß sie die Lebensfragen der Nation unbehindert lösen könne. Sie müsse sich freihalten von der Beschäftigung mit allen Aufgaben, die von andern Stellen gelöst werden könnten. Die Einheit und Gliederung des Reiches seien in der Vergangenheit nicht in befriedigender Weise ausgebildet worden. Der heutige Föderalismus, so fuhr der Redner fort, hat nichts mit den Eigenarten der deutschen Stämme zu tun. Er ist nicht Stammesföderalismus, sondern

Staatsföderalismus oder richtiger Staatsegoismus.

Von den dreizehn deutschen Stämmen sind sieben ganz und drei teilweise im preußischen Staat verewigt, ohne ihre Eigenart eingebüßt zu haben. Bei allem Bestreben, die Eigenart der deutschen Stämme aufrechtzuerhalten, darf nicht übersehen werden, daß Deutschland nur eine Kultur, nur eine Wirtschaft hat. Heute hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Doppelarbeit oder richtiger

die achtzehnfache Arbeit in allen Angelegenheiten des Reiches,

die Reibungen und die ungesunden Wettbewerbsbestrebungen zwischen den Ländern sowie die übertriebene Ausdehnung des parlamentarischen Getriebes auf 18 Länder in Deutschland unerträglich und unerschwinglich sind. Jede große Verwaltungsreform ist in Deutschland unmöglich, wenn sie nicht auf der Grundlage des Einheitsstaates beruht. Es ist jetzt die Aufgabe, im Wege aktiver Evolution den Uebergang herbeizuführen. Dabei steht der Gedanke einer Neureglung der Landesgrenzen erst an zweiter Stelle. An erster steht die Vereinheitlichung des Staatslebens und die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Reiches. Hierauf ist bei jeder Reichs- und Landesgesetzgebung Bedacht zu nehmen. Deshalb ist in erster Linie die Souveränität der Länder, die entgegen dem Inhalt der Verfassung und ihrer wissenschaftlichen Auslegung der gegenwärtige Reichs-

ninister des Innern bejaht hat, zu verneinen. Aus dem

Souveränitätsgefühl Bayerns,

nicht aus dem Streit um irgendwelche Zuständigkeiten, sind fast alle Reibungen Bayerns mit dem Reich entstanden. Die Ansprüche Bayerns, sich der Außenpolitik des Reiches widersetzen zu dürfen, sich der republikanischen Staatsform des Reiches entgegenzustellen und die deutsche Reichswehr in eigene Hände zu bringen, haben die Zerwürfnisse herbeigeführt. Auch die bayrischen Denkschriften beschäftigen sich mehr mit den Souveränitätsfragen als mit der Abgrenzung der Zuständigkeiten. Der Verkehr Bayerns mit dem Reich in der Form von Notenwechseln entspringt aus einem falschen Souveränitätsgefühl. Ein friedliches Zusammenarbeiten und eine vernünftige Zuständigkeitsregelung zwischen den Ländern und dem Reich werden erst möglich sein, wenn der falsche Souveränitätsgedanke ausgeräumt ist. Die Aufrechterhaltung von 18 Parlamenten und die Beschäftigung mit Reichsangelegenheiten in allen Parlamenten ist überflüssig. Auf Zeit gewählte Ministerien und kleine Verwaltungskörper ohne reichspolitische Ambition nach Art der schweizerischen Verfassung und der deutschen Städteverfassung werden im allgemeinen den Bedürfnissen der deutschen Länder besser entsprechen. Durch Verhandlungen zwischen Reich und Ländern ist ein Programm aufzustellen, das eine

klare Abgrenzung der Aufgabenkreise

vorsieht. Dabei kann auf die Behandlung der Kulturaufgaben durch das Reich in ihren wichtigsten Fragen nicht verzichtet werden. Alles, was irgendwie zur Dezentralisation geeignet ist, ist an die Länder abzugeben, um Herz und Kopf der Zentrale für die Lebensaufgaben der Nation freizuhalten. Die Zuständigkeit des Reiches auf dem Gebiet der Gesetzgebung reicht allein nicht aus, wenn das Reich keinen Einfluß auf die Ausführung der Reichsgesetze hat. Trotzdem dürfen eigne Ausführungsorgane des Reiches für die Gesetze nur in besonderen Fällen geschaffen werden. Wenn aber Reichsunterbehörden vermieden werden sollen, müssen die Aufsichtsbefugnisse des Reiches über die ausführenden Länderorgane verstärkt werden. An der Finanzhoheit des Reiches darf nicht gerüttelt werden. Den Ländern und Gemeinden sind eigene Einnahmequellen und Zuschlagsrechte einzuräumen. Bei einer territorialen Neugliederung des Reiches ist

an dem Bestand der mittelgroßen Länder festzuhalten.

Es bedarf einer Zwischenverwaltung zwischen Reich und Gemeinden. Der Name Länder trifft diese Stellung. Auch die Hansestädte werden ihre Aufgabe wohl dauernd am besten als selbständige Gebilde lösen. Es mag versucht werden, eine Lösung zu finden, um Länder, wenn sie ihre eigne Verwaltung aus finanziellen Gründen nicht aufrechterhalten können, als Reichsländer schon jetzt in die Verwaltung des Reichs überzuführen.

Preußen

ist mit seiner überragenden Größe im Rahmen des Reiches kein Land wie die andern, auch kein Stammes- oder Wirtschaftsgebiet. Es ist der Vorläufer des deutschen Einheitsstaates. Aber der Versuch, Preußen durch Aufsaugung aller übrigen deutschen Länder zum deutschen Einheitsstaat werden zu lassen, ist seit 1866 aufgegeben und kann nicht wieder aufgenommen werden. Auch die Aufrichtung einer preußischen Hegemonie war nur möglich im alten Fürstenbund. Eine Hegemonie der preußischen Angehörigen des deutschen Volkes über die übrigen Deutschen ist im demokratischen Staat undenkbar. Der Plan, Preußen zum Reichsland zu erklären, würde die Einheitlichkeit der Verwaltung und die Kraft des Reiches stärken. Er stellt jedoch an die Entsagung Preußens schwere Anforderungen und würde vermutlich in den außerpreußischen Teilen Deutschlands mit Mißtrauen aufgenommen werden. Die Einschachtelung eines großen Staates in den andern ist eine Konstruktion, die zu Reibungen und Doppelarbeit führt. Dennoch kann Preußen in Deutschland nicht entbehrt werden, solange das Reich innen und außen gefährdet und nicht durch Erweiterung seiner Kraft und Zuständigkeit zum Einheitsstaat geworden ist. Preußen wird einmal seine Mission erfüllt haben, wenn der deutsche dezentralisierte Einheitsstaat fertig ist.

Die Aufrechterhaltung der Zwergländer

bedeutet die Aufrechterhaltung von Zerrbildern ebenso für einen föderalistischen wie für einen unitarischen Staat. Sie durch Reichsfinanzgesetzgebung zu begünstigen, ist unerträglich. Sie sind weder eine Wirtschafts- noch eine Kultur- noch eine Stammeseinheit, sondern Rudimente, die sich aus egoistischen finanziellen Gründen zu erhalten streben und die Struktur des Reiches verteuern und unübersichtlich machen. Wenn nicht auf anderm Weg, so sind sie auf Grund des Artikels 18 Absatz 1 der Reichsverfassung durch verfassungänderndes Gesetz zu beseitigen. Zur Vollendung des deutschen Einheitsstaates gehört die Aufnahme Oesterreichs ins Reich. „Wenn der deutsche Parlamentarismus durch die Konzentrierung der Parlamentstätigkeit auf das Reich verbessert, wenn entsprechend der neuzeitlichen Entwicklung die Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern abgegrenzt sind, wenn dem Reich eine Dezentralisation der Gesetzesausführung durch eine Kontrolle der Landesbehörden ermöglicht ist, und wenn endlich den gröbsten Gebiets- und Grenzungeheuerlichkeiten durch wirksame Initiative des Reiches abgeholfen ist, ist die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaat gefördert, aber nicht vollendet. Wenn dieser erste Schritt getan ist, wird man sich über die zweite Etappe schlüssig machen können.

Die Aussprache.

Die Aussprache über die Rede Kochs eröffnete Oberbürgermeister Dr. Luppe (Nürnberg). Er wies darauf hin, daß außer den Sozialdemokraten auch die Deutsche Volkspartei bereits wärmer für den Einheitsstaat eintrete. Die Gefahr sei jedoch groß, daß man sich dem zentralistischen Einheitsstaat ohne die notwendige Gliederung nähere. Zum Einheitsstaat käme man entweder durch Ausdehnung der Zuständigkeit des Reichs oder dadurch, daß die einzelnen Länder freiwillig, ohne den Umweg über Preußen, im Reich aufgingen. Dabei müßten die Länder ihre Verwaltungsselbständigkeit behalten; die Aufgaben der Regierungen und Parlamente würden alsdann jedoch durch die Reichsregierung und den Reichstag erledigt.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hält das Zustandekommen eines Einheitsstaats bei der Haltung der süddeutschen Länder vorläufig für unmöglich. Er betrachtet es vorerst als

notwendig, die ungesunde Gliederung in Norddeutschland zu beseitigen,

und zwar durch ein allmähliches Aufgehen der Einzelkinder in Preußen. Der nächste Schritt sei die Verwaltung des einheitlichen Norddeutschlands durch das Reich. Es sei notwendig, diese Flurbereinigung in Norddeutschland bald zu beginnen. Man müsse die Köpfe revolutionieren, damit dieser neue Gedanke immer mehr Gemeingut werde. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem sich noch der sächsische Ministerialdirektor Boetsch und Oberbürgermeister Böß (Berlin) zu demselben Gegenstand geäußert hatten, wurde die Aussprache auf heute vertagt.

Der heutige zweite Verhandlungstag brachte bei starkem Besuch zunächst die Fortsetzung der Aussprache. Oberbürgermeister Petersen-Hamburg erklärte, es sei die große Aufgabe der Demokratie, den deutschen Einheitsstaat zu schaffen. Auch Hamburg müsse, wie die übrigen deutschen Länder, im Interesse dieses großen Gedankens wirken. Während unter Bismarck das Reich der Kostgänger der Länder gewesen sei, seien jetzt die Länder die Kostgänger des Reiches. Heute seien Hamburg, insbesondere durch den letzten Finanzausgleich, nicht einmal die richtigen Anteilsätze zugesprochen. Wenn man Hamburg die Kraft nehme, seinen Hafen hochzuhalten, so werde dadurch die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit Schaden nehmen.

Der Vorsitzende der preußischen demokratischen Landtagsfraktion, Justizrat Falk-Köln, betonte, daß der Gedanke des Einheitsstaates von Preußen, das drei Fünftel der gesamten deutschen Nation darstelle, ausgehen müsse.

Der frühere badische Staatspräsident Professor Dr. Hellpach wandte sich vor allem gegen die Schaffung eines norddeutschen Groß-Preußen, die eine Donauföderation in ihrem schlimmsten Sinne zur Folge haben würde. Der Redner wandte sich sodann gegen ein preußisches Konkordat, da Preußen nicht zu einer selbständigen vertragschließenden Macht innerhalb Deutschlands werden dürfe.

Der frühere Reichsinnenminister Dr. Külz stellte in einer Reihe von Leitsätzen die

Forderung nach vier Reichsländern

auf, und zwar erstens ein Reichsland im Norden: Preußen, zweitens ein Reichsland Mitteldeutschland, drittens Süddeutschland und viertens Oesterreich. Damit werde die Vorherrschaft Preußens verhindert.

Nach einem Schlußwort Dr. Kochs und Dr. Luppes kam folgende

Entschließung

einstimmig zur Annahme:

„Der 7. Parteitag billigt die Leitsätze des Parteivorsitzenden in der Frage des Einheitsstaates. Er kennt im neuen Deutschen Reiche nur eine Souveränität, die in der Weimarer Verfassung begründete Souveränität des deutschen Volkes. Der Parteitag bekennt sich zum dezentralisierten deutschen Einheitsstaat, weil er die Erfüllung des tausendjährigen Sehnens des deutschen Volkes ist und weil im Zeitalter der Rationalisierung die Reibungen und Verschwendungen beseitigt werden müssen, die sich aus dem gegenwärtigen Zustande der Vielregiererei ergeben. Der Parteitag fordert den Reichstag und die Landtage auf, die Notwendigkeit der Entwicklung des deutschen Einheitsstaates bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen entschlossen ins Auge zu fassen."

Angenommen wurden ferner folgende Anträge:

„Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, im Reichstage die Uebernahme der Justizverwaltungen der Länder in die Reichsverwaltung zu beantragen."

„Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Ausschuß einzusetzen, der die Wege, die zum Einheitsstaat führen, prüft und bestimmte Vorschläge für die Durchführung ausarbeitet."

Zu dem nächsten Punkt der Tagesordnung

„Das demokratische Agrarprogramm"

führte der Staatsminister a. D. Reichstagsabgeordneter Rönneburg-Braunschweig aus, das Ziel dieses Programms sei: demokratische Agrarpolitik soll Bauernpolitik sein, um Deutschland vor der Gefahr zu schützen, eine Insel des feudalen Großgrundbesitzes zu werden. Die ländlichen Kleinbetriebe müßten deshalb gefördert werden, und zwar durch einen Uebergang von der Bedarfswirtschaft zur Marktwirtschaft. Der Redner ging sodann auf die Kreditfrage ein und forderte die Ablehnung der Futtermittelzölle. Von besonderer Bedeutung sei die Handhabung der Zolltarifsätze bei dem Abschluß von Handelsverträgen. Hier müßten die Interessen von Industrie und Landwirtschaft aufeinander abgestimmt werden. Rönneburg forderte sodann die Förderung der Siedlung, die bisher völlig ungenügend sei. Auch hier könne nur durch Kredite Abhilfe geschaffen werden. Zur Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe sei eine Modernisierung unbedingt notwendig. Im zweiten Teil seiner Ausführungen forderte der Redner zu dem Thema „Der Bauer im Staat" die Beseitigung der Vorrechte des Großgrundbesitzes. Die Landarbeiterschaft müßte die Möglichkeit des Erwerbs von Grundbesitz haben. Dann wies er auf die einheitliche Reichsorganisation der Bauernschaft auf republikanischem Boden hin. Der Bauer gehöre seinem Wesen und seiner Geschichte nach zu den Demokraten und Republikanern. Ein großes Wecken, so schloß Rönneburg, gehe durchs deutsche Landvolk: Demokraten vor die Front!

In der Aussprache schilderte der preußische Landtagsabgeordnete Wachhorst de Wente die schwierige Lage der kleinbäuerlichen Betriebe und warnte davor, die Kollfrage als eine Nebenfrage zu behandeln. Die Siedlung müsse so rechtzeitig in Angriff genommen werden, daß nicht unser bestes Menschenmaterial an das Ausland verloren gehe. Auch bezüglich der Wohlfahrtspflege auf dem Lande müsse noch mehr geschehen. Zum Schluß machte der Redner den Vorschlag, das dem Parteitag vorliegende Agrarprogramm Bauernprogramm zu nennen.

Ein aufgewärmtes Märchen.

:*: **Berlin**, 22. April. (Eig. Drahtb.)

Die Meldung des Berliner Korrespondenten der „Newyork Times" über einen angeblichen unfreundlichen Empfang der alliierten Militärattachés durch General Heye wurde bekanntlich von deutscher zuständiger Seite aus sofort dementiert. Die offizielle Widerlegung hindert jedoch einige französische Hetzblätter nicht, das Märchen nochmals aufzuwärmen.

So veröffentlicht das sattsam bekannte „Echo de Paris" die unwahre Behauptung an hervorragender Stelle mit folgender sensationeller Aufmachung: „Der Chef der Reichswehr empfing die französischen und englischen Militärattachés mit der äußersten Unverschämtheit". Auch das „Journal" bringt die gleiche Meldung, schreibt aber hinzu, daß die Information der „Newyork Times" vom Auswärtigen Amt und dem Reichswehrministerium dementiert worden sei. In den alliierten diplomatischen Kreisen Berlins wolle man sich über den Charakter des „Zwischenfalls" nicht aussprechen, verhehle aber nicht, daß die englischen und französischen Militärattachés von General Heye mit einer so betonten Kälte empfangen wurden, daß die alliierten Offiziere darin einen beabsichtigten Affront sehen. Der Zwischenfall, meint das „Journal", habe nur eine untergeordnete Bedeutung, man könne aber keineswegs eine Entschuldigung für die beabsichtigte unhöfliche Haltung des Generals Heye finden, der den alliierten Militärattachés zwischen Tür und Angel in gleichem Zuge „Guten Tag" und „Auf Wiedersehn" gesagt habe, nachdem er sie eine halbe Stunde lang habe warten lassen. Der englische Botschafter in Berlin hätte seine Ueberraschung, um nicht mehr zu sagen, nicht verborgen.

Man muß sich allen Ernstes fragen, welch unsauberen Zwecken das Fortspinnen des Fadens dienen soll. Wenn von Unverschämtheit die Rede ist, so könnte sich diese Charakterisierung nur auf einen Teil der französischen Presse beziehen, der in der Aufpeitschung nationalistischer Leidenschaften seine Lebensaufgabe erblickt. Der französische Außenminister Briand würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er den journalistischen Hetzern auf die Finger klopfte.

Die ostoberschlesische Schulnot.

() **Berlin**, 22. April. Wie die „Germania" aus Kattowitz berichtet, wächst die Unruhe der um das Schicksal ihrer Kinder besorgten Eltern nach der Genfer Entscheidung. Die traurigen Szenen bestrafter Eltern in den Gerichtssälen haben nicht aufgehört und eine Anzahl von Demonstranten bis an die Tür des Präsidenten Calonder getrieben. Behördlicherseits verfährt man nach dem Grundsatz, daß Warten mürbe macht. Im Gegensatz zu den Erklärungen des Wojwoden gegenüber dem Abgeordneten Ulitz stellt z. B. der Amtsvorstand in Hohenlinde nach wie vor Strafmandate zu. Anträgen auf Aufschub der Strafvollstreckung wird nicht stattgegeben. Ein neuerlicher Erlaß der Schulabteilung bei der Wojwodschaft fordert von den Leitern der Minderheitsschulen bei der genauen Aufstellung der Schüler auch die Angabe des Unternehmens, in dem der Vater tätig ist.

Preußischer Staatsrat und die Vieheinfuhr.

Berlin, 22. April. Der Preußische Staatsrat erledigte am Freitag kleine Vorlagen. Eine förmliche Anfrage des Dr. Graf v. Kevserlingk (Arbeitsgemeinschaft) über die Einfuhr von Vieh und Fleisch nahm er zur Kenntnis. Es handelt sich um die Erleichterung der Einfuhr besonders von Schweinen gelegentlich der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen. Die Anfrage wies auf die Gefahren hin, die aus der vermehrten Einfuhr der Veredelungserzeugung der heimischen Landwirtschaft erwachse. Die Reichsregierung hat bei der Wiederaufnahme der zurzeit ruhenden Verhandlungen die Berücksichtigung der Interessen der deutschen Landwirte zugesagt.

Durch Kenntnisnahme erledigt wurde auch die Verordnung über das Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt und die Verordnung über die Reichswohnungszählung, die geänderten Ausführungsbestimmungen für die Apothekerkammern, für die Zahnärztekammern und die Wahlordnung zu den Aerztekammern. Eine Anfrage Beims (Soz.) wegen des Ausbaues des Mittellandkanals wurde zurückgestellt. Die nächste Sitzung findet am 30. Mai statt.

Arbeitszeit- und Kartellfragen.

)(**Würzburg**, 22. April. Am 20 und 21. April fand in Würzburg eine erweiterte Vorstandssitzung des internationalen Bundes christlicher Metallarbeiterorganisationen statt, die besonders zu den schwebenden sozialen Fragen Stellung nahm. Der Präsident des Bundes Reichstagsabgeordneter Wieber, Vorsitzender des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschland, gab einen Ueberblick über die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage in Europa und eingehende Darlegungen zu den Fragen des Lohnes, des Tarifs- und Schlichtungswesens. Schmitz-Deutschland, Wels-Grotenhuis-Holland, Broutin-Frankreich, Waldsau-Oesterreich, Heil-Schweiz, Wallevn-Belgien, Ankner-Ungarn und Henseler vom Internationalen Arbeitsamt in Genf unterstrichen und erläuterten die Forderungen der christlich organisierten Metallarbeiterschaft Europas. Zur Kartellfrage erstattete Schriftsteller Georg Wieber-Deutschland ein ausführliches Referat. Die christlich organisierte Metallarbeiterschaft lehne die Kartellbildungen an sich nicht ab, aber sie werde sich energisch gegen die Auswüchse des Kartellwesens auf produktivem und konsumtivem Gebiete wenden. Die nächste Haupttagung des Internationalen Bundes christlicher Metallarbeiterorganisationen wird als oberste Instanz offiziell zu den Fragen des Kartell- und Trustwesens Stellung nehmen.

★

Eine Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

:: **München**, 22. April. Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf, der die Errichtung einer zentralisierten Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unter Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Aufsichtsbefugnissen des Reiches vorsieht, hat den deutschen Städtetag und den deutschen Landkreistag veranlaßt, eine besondere Tagung nach München einzuberufen. Der Einladung haben Vertreter der Reichsregierung, der Länderregierungen, des Reichstages, des Bayrischen Landtages und eine große Zahl von Vertretern der Städte und Landkreise sowie der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Folge geleistet.

Vor dem Stahlhelmtag.

Kommunistische Gewissenlosigkeit.

◇ **Berlin**, 22. April. Unter dieser Ueberschrift macht der „Vorwärts" Mitteilung von einer Instruktion zur Organisation der Gegenwehr gegen den „Stahlhelm"aufmarsch am 7. und 8. Mai, die von der kommunistischen Bezirksleitung herausgegeben ist. Das Blatt bemerkt dazu, der Sinn dieser „Instruktion" sei, Zusammenstöße am 8. Mai unvermeidlich zu machen. An diesem gewissenlosen Spiel der Kommunisten werde die Berliner Arbeiterschaft sich nicht beteiligen.

Verbot der kommunistischen Kundgebungen?

Berlin, 22 April. Wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, werden im Berliner Polizeipräsidium und im Ministerium des Innern heute zu den von den Kommunisten bei der Berliner „Stahlhelm"tagung beabsichtigten Schritten die im hohen Maße die Gefährdung der Ruhe und Ordnung bedeutenden Stellung genommen. Im Laufe des Tages werden Verlautbarungen zu erwarten sein, die sich mit der Angelegenheit eingehend befassen. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß das Ministerium des Innern zur Sicherung der Ruhe und Ordnung die kommunistischen Kundgebungen am „Stahlhelm"tage verbieten wird. — Laut „Vossischer Zeitung" trifft diese Nachricht nicht zu. Die von der Polizei getroffenen außerordentlichen Vorkehrungen seien völlig ausreichend, um die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Wildwestliche Wahlsitten in Oesterreich.

Revolverattentat auf den früheren österreichischen Finanzminister Kollmann.

× **Wien**, 21. April. Gegen den früheren Finanzminister Kollmann wurde in Hainburg nach einer Wählerversammlung ein Revolverattentat verübt. Auf das Auto Kollmanns wurden Revolverschüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Kollmann teilt über den Zwischenfall folgendes mit:

„Die von der Bezirkshauptmannschaft zum Schutze unserer gestrigen Versammlung entsandten 40 Gendarmen wurden von den Teilnehmern einer eben beendeten sozialdemokratischen Versammlung mit Lärm empfangen. Da die Stimmung nach Beendigung unserer Versammlung immer erregter wurde, verließen wir Hainburg auf einem Seitenweg. Bei einer Kurve wurde wir jedoch von den Demonstranten erkannt. Hier fiel auch der Schuß. Die Kugel durchschlug das rechte Fenster des Autos, ging dicht an mir und meinem Begleiter vorbei und prallte am anderen Fenster ab. Die Verfolger waren hinter uns her, konnten uns jedoch nicht mehr einholen. Wir fuhren sofort nach Wien, wo wir Anzeige erstatteten.

Die französisch-englische Uebereinstimmung in der Chinafrage.

Eine Erklärung Briands.

)(**Paris**, 22. April. Im Verlaufe des heute vormittag abgehaltenen Ministerrats hat Außenminister Briand über die außenpolitische Lage, namentlich über die chinesische Frage, Bericht erstattet. Er bestätigte nach Beendigung der Beratung, daß zwischen der französischen und der englischen Regierung eine vollkommene Uebereinstimmung hinsichtlich der China zu übermittelnden Note bestehe und daß diese Uebereinstimmung stets zwischen den beiden Mächten bestanden habe.

Die Unterstützung des Generals Feng durch Moskau erwiesen?

◆ **Paris**, 22 April. Nach den hier vorliegenden Nachrichten über das bisherige Ergebnis der Durchsicht des in der Pekinger Sowjetbotschaft beschlagnahmten schriftlichen Materials soll erwiesen sein, daß Rußland über 76000 englische Pfund Unterstützungsgelder an die chinesische Kommunistische Partei und an General Feng gezahlt habe. Der englische Militärattaché habe die Dokumente photographieren lassen. Andere Schriftstücke sollen sich auf den russischen Spionagedienst in der englischen, amerikanischen und japanischen Botschaft beziehen. Ein von Borodin unterzeichneter Brief zeige, daß von Rußland die Lieferung von Kriegsmaterial an die Kantonarmee verlangt worden sei.

Truppenaufgebot gegen Tschangkaischek.

▲ **London**, 22. April. Nach einer Meldung der „Times" aus Peking wird berichtet, daß große Truppenkörper auf dem Yangtsee von Hankau nach Wuhu befördert werden, um General Tschangkaischek anzugreifen. Dieser erklärt, daß er 300 000 Mann unter seinem Befehl habe und auf alles vorbereitet sei. Der Korrespondent bemerkt, es könne keine wirkliche Sicherheit geben, bevor die Fremdengarnisonen in Nordchina innerhalb des Gesandtschaftsviertels wesentlich verstärkt seien.

Britische Marinesoldaten in Hankau angegriffen.

London, 22 April. Reuter meldet aus Hankau vom 20. April: Vorgestern wurden zwei britische Marinesoldaten, die in einer Rickscha spazierten fuhren, von einem Haufen Kulis angegriffen. Der eine Marinesoldat erhielt zwei Dolchstiche.

Deutsches Reich.

Eine Regierung der Mitte in Thüringen?

◇ **Weimar**, 22 April. Der Aeltestenrat des Thüringischen Landtages setzte die nächste Landtagssitzung auf Freitag, den 29. April fest. Tagesordnung: Regierungsbildung oder Landtagsauflösung. Bis dahin wollen die bürgerlichen Parteien versuchen, eine Regierung der Mitte zu finden, die wahrscheinlich als Uebergang zu einer Regierung der großen Koalition gedacht ist.

Das Redeverbot gegen Hitler aufgehoben.

◆ **Karlsruhe**, 22. April. Der badische Minister des Innern hob das im Juli 1925 gegen Adolf Hitler erlassene allgemeine Redeverbot auf und überließ es den Bezirksämtern (Polizeidirektionen), etwa in einzelnen Fällen notwendige Verordnungen auf Grund des Polizeistrafgesetzbuches zu treffen.

Verhaftung von Kommunisten in Württemberg.

Protest der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Stuttgart, 22. April. Nach einer Meldung der „Roten Fahne" ist im Zusammenhang mit der Beschlagnahme der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" der Redakteur des Blattes, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hörnle, verhaftet worden. — Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beim Reichstagspräsidenten Protest wegen Immunitätsbruches erhoben.

Der Sprengstoffdiebstahl in Makdorf.

= **Stuttgart**, 22. April. Vom 12. bis 15. d. Mts. wurden in Weingarten 10 und am 20. April in Ravensburg weitere 3 Kommunisten wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Sprengstoffverbrechens verhaftet. Ein weiterer Beschuldigter wurde in Rechberhausen, Oberamt Göttingen, wegen derselben Verbrechen festgenommen. Diese Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit dem im Oktober 1923 von Mitgliedern der kommunistischen Partei verübten Sprengstoffdiebstahl in Makdorf, Bez. Uebertingen, bei dem u. a. mehr als 2000 Sprengkapseln und über 12 Zentner Sprengstoff entwendet wurden.

Der Wiking-Olympia-Prozeß.

Ehrhardt erschienen.

⊙ **Leipzig**, 22. April. Am heutigen zweiten Verhandlungstage teilte Rechtsanwalt Dr. Sack mit, daß er für heute den Kapitän Ehrhardt an Gerichtsstelle geladen habe. Die Vertreter der preußischen Regierung sollten sich darüber schlüssig werden, ob sie Kapitän Ehrhardt als Zeugen hören wollen, andernfalls würde dieser als Zuhörer der Verhandlung beiwohnen. Der Vertreter der preußischen Regierung behielt sich die Entscheidung vor. Der Vorsitzende stellte fest, daß das Gericht zu prüfen habe, ob Ehrhardt geeignet sei, da er der gesetzliche Vertreter des Bundes „Wiking" ist. Darauf wurde in der Verhandlung fortgefahren. Es kam zu Auseinandersetzungen wegen der preußischen Denkschrift über die Wehrverbände. Rechtsanwalt Sack wies darauf hin, daß die Denkschrift in den Händen der meisten Prozeßbeteiligten sei. Der Vorsitzende stellte dazu fest, daß von amtswegen eine Verteilung nicht erfolge. Ein Beschluß wegen der Veröffentlichung der Denkschrift wurde zurückgestellt. Nach weiteren Verlesungen wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden in die eigentliche Beweisaufnahme eingetreten. Zunächst sollen die Vertreter des preußischen Ministeriums ihr neues Material vortragen. Vorher tritt aber eine Pause ein.

Inzwischen war Kapitän a. D. Ehrhardt erschienen. Er stellte den Antrag, als gesetzlicher Vertreter des „Wiking"-Bundes bei den Verhandlungen anwesend sein zu dürfen. Nach längerer Debatte über diesen Antrag wurde Kapitän Ehrhardt ebenso wie Oberleutnant a. D. Lidig, dem Geschäftsführer des „Wiking"-Bundes, gestattet, bei den Verhandlungen anwesend sein zu dürfen.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 23. April 1927.

a. **Stadtverordnetenversammlung.** Am kommenden Montag, nachmittags 5 Uhr findet im kleinen Saale des Schützenhauses eine Stadtverordneten[illegible]ung statt. Die öffentliche Sitzung beginnt erst gegen 5,30 Uhr, da vorher eine geheime Sitzung stattfindet. Von der Tagesordnung seien folgende Punkte erwähnt: Abnahme der Jahresrechnung der Stadtkasse für die Rechnungsjahre 1924 und 1925. Abänderung des Beschlusses über die Aufnahme einer Anleihe zum Ausbau einer Reihe von Straßen. Kanalisation Fildeken sowie einer Reihe von anderen Straßen und Bewilligung einer Anleihe für diese Kanalisation. Erweiterungsbau des Verwaltungsgebäudes Kavardistraße. Ankauf von Grundstücken und Festsetzung und Aenderung von Fluchtlinienplänen.

a. **Aufnahme der schulpflichtig werdenden Kinder.** Die Aufnahme der schulpflichtig werdenden Kinder erfolgt in den Volksschulen zu Beginn des neuen Schuljahres am Dienstag, den 26. April ds. Js., vormittags 8 Uhr. Schulpflichtig werden die Kinder, die bis dahin das sechste Lebensjahr vollendet haben und bis zum 30. September einschließlich vollenden werden. Die Eltern bezw. Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, die Kinder an dem genannten Tage der für ihren Bezirk zuständigen Schule zuzuführen. Auf die in der heutigen Nummer veröffentlichte Bekanntmachung wird noch hingewiesen.

a. **Einschulung zu den städtischen Berufsschulen.** Die Einschulung zu den städtischen Berufsschulen findet in diesem Jahre in der Zeit vom 26. April bis 2. Mai statt. Es wird auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe hingewiesen.

m. **Meisterprüfung.** Der Schreinergeselle Franz Lehmkuhl von hier bestand am 20. April vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer zu Münster seine Meisterprüfung. Seine theoretischen Kenntnisse erwarb er sich in einem vom Innungsausschuß Bocholt veranstalteten Kursus. Dem jungen Meister unsern herzl. Glückwunsch!

n. **Kreuzbund.** Alle Mitglieder und Freunde seien nochmals an die am morgigen Sonntag, abends 7 Uhr im Jugendheim, Dietrichstraße, stattfindende Versammlung für alle Mitglieder erinnert. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. (Siehe Anzeige in der heutigen Nummer.)

z. **Die Wunderuhr aus Stroh.** Die Ausstellung der Wunderuhr im Saale des kath. Arbeitervereins St. Paulus erfreute sich schon am ersten Ausstellungstage eines guten Besuches. Auch die reichhaltige Sammlung alter Uhren und astronomischer Instrumente fand viel Interesse. Besondere Erwähnung verdient auch die alte in Kapellenform gehaltene Wanduhr mit ihrem interessanten Schlagwerk. Den Mittelpunkt der Ausstellung aber bildet die wunderbare Stroh-Uhr, die immer wieder die Bewunderung und das Erstaunen aller Besucher erregt. — Eine Besucherin trug in das in der Ausstellung ausliegende Buch der Einschreibungen folgende Widmung ein:

„Ich schaue und denke und denke und schaue,
Dabei meinen eigenen Augen nicht traue
Und doch ist es Wahrheit und ist kein Traum.
Die Uhr, die hier steht in diesem Raum,
Ist ganz und gar aus Stroh gemacht,
Und der dies Kunstwerk hat vollbracht
Ist nur ein einfacher Handwerksmann.
Wie kam es, daß er solches ersann?
Wer warf ihm ins Hirn den zündenden Funken,
Wer gab seinen Händen das eigne Geschick
Daß er in der ganzen Welt darf prunken,
Mit diesem einzigen Meisterstück?
Gott, der in einfachen Herzen wohnet,
Der über allem Irdischen thronet,
Gott, der Allmächtige, gab ihm die Kraft,
Daß er dies Wunderwerk hat erschafft."

Niemand versäume den Besuch der sehenswerten Ausstellung. Es sei noch erwähnt, daß Ordensschwestern sowie die Kinder des städtischen Waisenhauses unentgeltlich Zutritt haben. Mitglieder des Arbeiterverein St. Paulus, die die grüne Karte vorzeigen, zahlen ermäßigten Eintrittspreis, ebenso Erwerbslose. Die Ausstellung ist bis Abends 10 Uhr geöffnet.

n. **Ehemalige 144 er.** Auf die am Sonntag morgen nach dem Hochamte stattfindende Versammlung im Gesellenhause wird an dieser Stelle hingewiesen. Das Erscheinen derjenigen Kameraden, die an der Wiedersehensfeier in Münster teilnehmen wollen, ist unbedingt erforderlich.

n. **Geflügelzuchtverein.** Es wird auch an dieser Stelle auf die morgen stattfindende Generalversammlung hingewiesen, zu der außer den Mitgliedern auch Freunde und Gönner der Geflügelzucht eingeladen sind. Die Geflügelzucht hat gerade in diesem Jahre einen ganz erfreulichen Aufschwung genommen, aber noch sind nicht alle Geflügelhalter Mitglied des Vereins, obwohl es im Interesse eines jeden liegen dürfte, die Mitgliedschaft zu erwerben. Durch Vorträge und gegenseitigem Gedankenaustausch, Besichtigung größerer Geflügelhöfe usw., ist jedem Mitgliede die Möglichkeit gegeben, seine Kenntnisse zu bereichern. Ehrensache eines jeden Geflügelfreundes muß es sein, als Mitglied des Vereins die idealen und volkswirtschaftlichen Bestrebungen desselben zu unterstützen.

a. **Erhöhung der Hauszinssteuer ab 1. April 1927.** Nachdem mit Wirkung vom 1. April 1927 ab die gesetzliche Miete erhöht worden ist, hat der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschlossen, daß mit Wirkung vom gleichen Tage ab die preußische Hauszinssteuer für alle Grundstücke, die bisher mit einem Steuersatz von 1000 v. H. der Grundvermögenssteuer veranlagt waren, auf 1200 v. H. erhöht wird, so daß also für diese Grundstücke erstmalig am 15. April ds. Js. ein Fünftel mehr als bisher zu zahlen ist. Alle anderen Grundstücke bleiben von der Erhöhung der Steuer verschont. Der Höchstsatz (1200 v. H.) ermäßigt sich auf Antrag für Grundstücke, die am 31. Dezember 1918 mit über 40 aber nicht mehr als 60 v. H. des Friedenswertes belastet waren und zwar je nach der Höhe der Belastung bis auf 1000 v. H. Eine Ermäßigung auf 1000 v. H. erfolgt auf Antrag auch für die vom Eigentümer selbst genutzten Gebäude oder Gebäudeteile, sofern die Grundstücke mit mehr als 45 v. H. belastet waren. Näheres über die Stellung der Anträge wird demnächst öffentlich bekannt gegeben.

* * *

n. **Anholt, 23. April. D. J. K. Anholt.** Am morgigen Sonntag veranstaltet die Turnabteilung des kath. Jünglingsvereins einen Werbeabend. Die Hauptpunkte des Programms sind turnerische Vorführungen, Aufmärsche, Freiübungen, Freistehende- und Leiter-Pyramiden. Der Bezirkspräses Herr Kaplan Storm aus Emmerich wird die Festrede halten. Während der Vorführungen ist Konzert. Anfang 6 Uhr.

m. **Anholt, 22. April. Der letzte Postillion gestorben.** Nach kurzem schweren Leiden starb hier im Alter von 52 Jahren der Oberpostschaffner Lümen, der letzte Postillion der fahrenden Post Empel — Isselburg — Anholt. Am 31. Juli 1901 fuhr er den letzten Postwagen nach Anholt, am 1. August wurde die fahrende Post dann durch die Eisenbahn Empel — Bocholt abgelöst. Möge dem Verstorbenen, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute, die Erde leicht sein! Sein Vater Bernhard Lümen war seit 1862 ebenfalls beim Postamt in Empel tätig, bei dem er sich als besondere Anerkennungen u. a. die dreifachen goldenen Tressenstreifen und das Ehrenposthorn erwarb.

e. **Borken, 22. April. Erwerbslosenstatistik des Kreises Bo[illegible] Halbjahre Oktober 1926 bis April 1927.** Bei die[illegible]stik ist zu berücksichtigen, daß ein starker W[illegible]nerhalb der genannten Zahlen stattgefunden hat: [illegible]ptember 1926 129 männliche und 8 weibliche, zus[illegible]; 1. Oktober 98 männliche und 6 weibliche, zus[illegible]; 15. Oktober 102 männliche und 2 weibliche, zus[illegible]; 1. November 101 männliche u. 2 weibliche, zusam[illegible]; 15. Novbr. 100 männliche u. 2 weibliche, zusam[illegible]; 1. Dezember 99 männliche und 1 weibliche, zusamm[illegible]; 15. Dezbr. 113 männliche und 1 weibliche, zusammen [illegible]; 1. Januar 1927 147 männl. und 2 weibl., zusammen [illegible]; 15. Januar 160 männliche und 2 weibliche, zusamm[illegible]; 1. Februar 165 männliche und 2 weibliche, zusamm[illegible]; 15. Februar 149 männliche und 3 weibliche, zusamm[illegible]; 1. März 139 männliche und 2 weibliche, zusamm[illegible]; 15. März 107 männliche und 2 weibliche, zusamm[illegible]; [illegible] April 61 männliche und 2 weibliche, zusamm[illegible] Die höchste Zahl der Erwerbslosen im Vorjahr[illegible] Mitte März mit zusammen 449 Erwerbslosen. [illegible]en Zahlen beweisen, daß die Erwerbslosenzahl [illegible]eulicher Weise in stetem Rückgange begriffen ist.

e. **[illegible], 22. April. Straßenbau.** Für den regen Autov[illegible] die Straßen in der Stadt Borken zu eng. Zur o[illegible]higen Abwickelung [illegible] Verkehrs ist deshalb [illegible], für den Durch[illegible]verkehr eine neue Straß[illegible] der Ringstraße von der Gemener Straße über di[illegible] zur Nordstraße und weiter die Nordstraße entlang [illegible] Piepershagen neu anzulegen und auszubauen. [illegible] sind vorab der Erwerb der über der Fluchtlinie liegenden Geländeflächen erforderlich. Weiter sind in erster Linie die als Notstandsarbeiten auszuführenden Erdbewegungsarbeiten, sowie die Herstellung einer Brücke über die Aa notwendig. Die für die spätere Bebauung günstig angeschnittenen Grundstücke sind an Ort und Stelle durch Pfähle gekennzeichnet.

* **Gronau, 22. April. Feuer.** Ein Scheunenbrand entstand gestern nachmittag 4 Uhr beim Landwirt Roßkamp im Schöttelkotterhook. An den Lagervorräten fand das Feuer rasch reiche Nahrung. Die alarmierte Freiw. Feuerwehr war bald zur Stelle, konnte jedoch wegen Wassermangel wenig ausrichten. Außer den versicherten Vorräten fielen mehrere nicht versicherte landwirtschaftliche Maschinen der Vernichtung anheim. Gegen 6 Uhr konnte die Feuerwehr abziehen, da für das Wohnhaus keine Gefahr mehr bestand. Die Brandursache ist unbekannt.

* **Gronau, 22. April. Folgenschwerer Verkehrsunfall.** Am Mittwoch abend wurde der von der Arbeit mit dem Rade heimkehrende Weber B., in der Nähe der Ueberlandzentrale von einem von einem Braunschweiger Rechtsanwalt gesteuerten Auto rücklings angefahren. B. stürzte vom Rade, wobei er erhebliche Kopfverletzungen davon trug. Eigentümlich mutet es an, daß sich der Führer des Autos nicht um den Verunglückten kümmerte sondern in Richtung Ochtrup weiterfuhr. Durch telefonische Benachrichtigung konnte der Wagen dort angehalten und polizeilicherseits zur Rückfahrt bewogen werden. Dabei stellte sich auch heraus, daß die Insassin des Autos, die Frau des Führers bei dem Zusammenstoß einen Armbruch erlitten hatte. Sie wurde dem Ochtruper Krankenhaus zugeführt. Der verletzte B. fand Aufnahme im hiesigen kath. Krankenhause. Die Polizei leitete eine Untersuchung der Schuldfrage ein.

* **Dorsten, 22. April. Schweres Autounglück.** Nachdem in den letzten Tagen mehrere schwere Autounfälle, bei denen 5 Tote und 3 Schwerverletzte zu beklagen sind, in der Lippegegend stattgefunden haben, stieß das Automobil der Baronin Nagel bei Castrop gegen einen Chausseebaum und wurde vollständig zertrümmert. Während die Besitzerin mit leichten Verletzungen davon kam, erlitt der Kraftwagenführer einen doppelten Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Er dürfte kaum mit dem Leben davon kommen. Der Autounfall wird auf das Versagen der Steuerung zurückgeführt.

* **Haltern, 22. April. Lippefahrt.** Am morgigen Sonntag findet die bekannte Lippefahrt des allgemeinen deutschen Automobilklubs auf der idealen Rennstrecke von Haltern nach Wulfen statt. Das Rennen ist für Automobile und Motorräder aller Klassen offen und beginnt mittags 1 Uhr. Bei der vorzüglichen Beschaffenheit der Rennstrecke ist zu erwarten, daß die bestehenden Schnelligkeitsrekorde verbessert werden. Das Ziel liegt 5 Minuten vom Bahnhof Wulfen.

Vom Niederrhein.

—t. **Isselburg, 22. April. Zur Warnung.** Es ist in besitzer das Unkraut und allen anderen Unrat auf öffentliche Wege werfen. Wie wir hören, wird die Polizeiverwaltung gegen diesen Unfug in Zukunft streng vorgehen und die Schuldigen zur Anzeige bringen.

— **Wesel, 22. April. Schiffsunfall.** Am Mittwoch vormittag ereignete sich bei Rheinberg am linken Ufer ein Schiffsunfall. Der mit vier leeren Schiffen zu Berg fahrende Motorschlepper „Mol X.", Kapitän H. Mol aus Rotterdam, bekam plötzlich einen Schleppstrang eines seiner Anhangschiffe in die Schiffsschraube. Das Steuerruder versagte hierbei und das Boot lief auf eine dort befindliche Buhne, wo es Leck bekam und sofort gesunken ist. Es sind Vorbereitungen getroffen worden, um den Motor zu dichten und zu heben. Das Motorschiff selbst hat keine Ladung und dürfte in kurzer Zeit gehoben sein. Die leeren Anhangschiffe sind inzwischen durch einen anderen Dampfer nach Ruhrort befördert.

— **Griethausen, 22. April. Vom Tode des Ertrinkens gerettet.** Als mutige Lebensretterin zeigte sich ein junges Mädchen, Maria Peters, das, als es zum alten Rhein kam, ein zweijähriges Kind im Wasser sah. Obwohl sie selbst des Schwimmens unkundig war, sprang sie doch in das Wasser und konnte das Kind retten.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **J. C. Olympia.** Am morgigen Sonntag unternimmt die 1. Mannschaft eine Fahrt nach Emmerich und spielt gegen die Liga-Mannschaft von „Rheingold". Die Grün-Weißen bestreiten wie folgt den Kampf: Wolfing, Ehling — Grinz, Sent — Nienhaus — Schneiders, Tenhaken — Göring — Wehning — Weßling — Jormann. Abfahrt um 1 Uhr per Bahn. — Die 2. Mannschaft spielt auf eigenem Platze gegen die 1. Elf von „Sportfreunde 97" in der bekannten Aufstellung. Anfang 11 Uhr vormittags. — Die 1. Jugend fährt um 1 Uhr nach Rees. — Die 2. Jugend muß morgens um 7 Uhr die Reise nach Millingen antreten. Mannschafts-Aufstellung wie sonst.

:: **Sport- und Spielverein Rhede.** Zwei interessante Fußballspiele werden am morgigen Sonntag den Sportanhänger zum Sportplatz locken. Zwei Mannschaften des Sportklubs 1926 Bocholt sind es, die sich den beiden Mannschaften des Sport- und Spielvereins Rhede gegenüberstehen. Wegen des Radrennens am Nachmittage sind die Spiele etwas frühzeitig gelegt und zwar spielt die 2. Mannschaft gegen die 3. Mannschaft des Sportklubs vormittags 11 Uhr. Die Spielweise der Gäste ist hier nicht bekannt, man darf daher auf den Ausgang des Spieles gespannt sein. — Ein erhöhtes Interesse dürfte dem Treffen der 1. Vereinsmannschaft gegen die gleiche des Sportklubs entgegen gebracht werden. Die Gäste haben in den Spielen der letzten Zeit ihre Spielstärke genügend unter Beweis gestellt, so gegen 1900, Olympia, Wacker Rees u. a. m. Das letzte Gesellschaftsspiel gegen Rhede in Bocholt konnten sie mit 3:2 für sich entscheiden. Aber Rhede wird sich dadurch nicht entmutigen lassen und mit allen Kräften um den Sieg kämpfen. Den Ausgang des Spieles lassen wir offen. Anstoß 1 Uhr. — Auf die am heutigen Samstag abend 8,30 Uhr im Vereinslokale stattfindende Mitgliederversammlung wird hingewiesen.

* * *

Durch Selbständigkeit zu sportlichen Höchstleistungen.

(Anmerkung: In der letzten Versammlung des Bocholter Stadtverbandes für Leibesübungen sagte der Vorsitzende, Herr Sahlmann, als er von der Wichtigkeit der körperlichen Uebungen sprach, daß auch die Presse durch geeignete Artikel die Körperpflege fördern müsse. Mögen daher auch die folgenden Zeilen diesem Zwecke dienen.)

Unser deutsches Volk ist geistig immer auf der Höhe gewesen, da unser deutsches Bildungswesen als das tüchtigste galt, das es in der Welt gibt. Tiefes Forschen und selbständiges Handeln ist bei uns Deutschen auf allen Wissensgebieten zu finden. Das höchste Ziel in den Schulen ist bei uns immer, die Schüler selbsttätig arbeiten zu lassen, sie zu selbständigen Menschen zu erziehen. Gehen wir nun vom Geiste auf den Körper über, so müssen wir sagen, daß wir mit den Höchstleistungen des Körpers hinter vielen Völkern zurückstehen, wenn wir den Amateursport in seinen verschiedenen Zweigen betrachten. Wir staunen über die finnischen Läufer, bewundern die englischen Fußballkünstler und betrachten die Rekordleistungen der Amerikaner in der Leichtathletik. Sprachlos standen unsere deutschen Sportler da, als sie vor Jahren den amerikanischen Hochspringer Horine sahen, der im Hochsprung die 2-Meter-Höhe ohne Brett glatt übersprang und dabei eine Technik anwandte, die man noch nicht gesehen hatte. Hatten wir Deutsche bisher mal hervorragende Sportjünger, so unterlagen sie im Kampfe mit den genannten Ausländern doch meistens diesen, da letztere im gegebenen Moment doch so zu handeln wußten, daß es zum Siege führte. Denken wir nur an unseren unvergeßlichen Hans Braun; auch er unterlag in Stockholm 1912 der amerikanischen Rautine. Andere Nationen waren eben bei der Ausübung der körperlichen Leistung viel mehr selbständiger als wir; daher auch viel erfinderischer in der Anwendung von Systemen und Taktiken, die zum Siege führten. Warum waren wir bisher diesen Gegnern im Punkte Selbständigkeit nicht gewachsen? Das hatte seine Gründe! Die wichtigsten Körperschulen waren bei uns vor dem Kriege das Militär und die deutsche Turnerschaft. Körperpflege wurde dann noch in den Schwimmvereinen betrieben. Von den Uebungen mit Gerät (Schwerathletik, Radfahren usw.) soll hier Abstand genommen werden. Bei den erstgenannten großen Organisationen Militär und Turnerschaft standen die Körperübungen unter einem scharfen Kommando oder die Uebungen erfolgten nach einem ganz bestimmten Schema. Die Selbständigkeit brauchte nicht in Anspruch genommen zu werden. Ueber die exakten Ausführungen dieser Körperpflege soll durchaus hier nicht der Stab gebrochen werden, da sie den bestimmten Zweck verfolgten, ein geschlossenes, einheitliches Bild zu geben, woran das Auge seine Freude hatte und dessen Exaktheit gerade auch von Ausländern bewundert wurde. Es sei hier nur an die großen Schaustellungen erinnert, die die deutsche Turnerschaft oft abgehalten hat, wobei Tausende von Turnern auf einen Schlag ihre Uebungen ausführten. Doch zu selbständigem Handeln führten diese Uebungen durchaus nicht; und heute, wo nach der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht die körperlichen Uebungen ein anderes Gesicht bekommen, spüren wir diese Unselbständigkeit, da wir in den volkstümlichen Uebungen des Laufens, Werfens, Springens und in den entsprechenden Spielen noch nicht vielen Ausländern gewachsen sind. Lediglich das Schwimmen macht eine Ausnahme, da es immer schon seine jetzigen Bahnen gegangen ist. Auf sich selbst angewiesen, wußten unsere deutschen Schwimmer bisher so zu handeln, daß sie in vielen Konkurrenzen des Auslandes Sieger wurden, und auf allen Olympiaden haben unsere deutschen Schwimmer immer unter den ersten Siegern gestanden. — Der Sport ist bei uns eingezogen und das ist nur zu begrüßen; denn das heutige Leben schafft, wenn wir an die moderne Industrie und Technik denken, Situationen und Gefahren, die eine augenblickliche Entschlußkraft fordern; durch den Sport wollen wir gegen diese Gefahren gerüstet sein. Sport heißt aber Kampf. Bisher lag uns Deutschen dieses Kämpfen aber noch garnicht günstig aus genanntem Grunde. Uns muß es in Zukunft zur Erzielung von Höchstleistungen nicht auf die äußere Form einer Uebung ankommen, sondern auf die Leistung selbst. Darum heißt es arbeiten und nach neuen Methoden und Wegen sich umsehen, um die Leistungen zu steigern. Dann werden die kommenden Olympiaden beweisen, daß deutscher Geist und deutsche Gründlichkeit auch auf dem Gebiete der Leibesübungen Großes leisten kann. W. B.

Gottesdienst-Ordnung.

Sonntag, den 24. April 1927.
Weißer Sonntag.

St. Georg. Kirchenpatronatsfest. 6, 7, 8 und 9 Uhr hl. Messen. 10 Uhr Prozession um die Kirche. Danach Hochamt. 2 Uhr Vesper. 4 Uhr Andacht zum hl. Georg.

Liebfrauen. Hl. Messen sind: 6,30, 7.15, 8.15, 9 und 10 Uhr. Letztere ist ein Hochamt. 2,30 Uhr Andacht um Wiedervereinigung im Glauben. 3 Uhr Andacht mit Predigt für die Jungfrauen-Kongregation. 4 Uhr Versammlung für die Männer und Frauen des Dritten Ordens. — Heute wird für die neue Orgel gesammelt.

St. Josef. Hl. Messen sind: 6, 7, 8 und 9 Uhr. 10 Uhr Hochamt. 2 Uhr Andacht. 7 Uhr Monatskommunion für die Frauen. 8 Uhr gem. hl. Osterkommunion der Knaben aus der Schule 2. Samstag 11,30 Uhr Vorbereitung.

St. Agnes-Hospital. 7 Uhr hl. Messe. 5,30 Uhr Andacht.

St. Klara. 7 Uhr hl. Messe. 6 Uhr Andacht.

Kapuzinerkloster. 6.30, 7 und 8 Uhr hl. Messen; letztere mit Predigt. 2,30 Uhr Andacht.

Spork. 7 Uhr Frühmesse und gem. hl. Kommunion der Schulkinder. 9,30 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Andacht. (Samstag 3,30 Uhr Beichte für die Mädchen, 4,30 Uhr für die Knaben.)

Werth. 6,45 Uhr Abholung der Kinder, Taufgelübde, hl. Messe, sakramentaler Segen. 10 Uhr Hochamt. 2,30 Uhr Dankandacht.

Barlo. 7 Uhr Frühmesse. 10 Uhr Hochamt mit Predigt. 3 Uhr Andacht zur Wiedervereinigung im Glauben. — Ein Pater ist zur Aushilfe hier.

Dingden. 6,30 Uhr 1. hl. Messe. 8 Uhr 2. hl. Messe; gem. hl. Kommunion für die Kommunionkinder vom Jahrgange 1924, welche die Dorfschule besuchen. 9 Uhr hl. Messe und Predigt in der Kapelle zu Nordbrock. 10 Uhr Hochamt; Versammlung der Mitglieder des Müttervereins und Predigt für dieselben. 3 Uhr nachmittags Sakramentsandacht.

Rhede. 6 Uhr hl. Messe. 6,30 Uhr hl. Messe. 7,30 Uhr hl. Messe mit gem. hl. Kommunion des Gesellenvereins. 9 Uhr hl. Messe. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 2,30 Uhr Osterandacht.

Anholt. 6,30 Uhr hl. Messe; gem. hl. Kommunion des Männer-Apostolates. 8 Uhr hl. Messe; gem. hl. Kommunion des Müttervereins und der Kinder. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 3 Uhr nachmittags Andacht.

Isselburg. 7 Uhr Abholen der Kommunionkinder von der Schule; Ablegung des Glaubensbekenntnisses, hl. Messe und Kommunion der Kinder und Erwachsenen. 10 Uhr Hochamt und Predigt. 3 Uhr Andacht und Predigt.

Andachten im Laufe der Woche:

St. Georg. Montag (Fest des hl. Markus) 8 Uhr Bittprozession. Danach Hochamt. — Donnerstag 8,30 Uhr Sakramentshochamt. Abends 8,30 Uhr Sakramentsandacht.

Liebfrauen. Am Dienstag ist 7,15 Uhr eine hl. Messe zu Ehren Gottes, des Hl. Geistes, weil alsdann der Unterricht in den Schulen seinen Anfang nimmt. — Am Mittwoch (27. April) tagt abends 8 Uhr die Pfarrhilfe Liebfrauen. — Die Maiandacht beginnt am nächsten Sonntag (1. Mai). — Am Montag (St. Markus) beginnt die Bittprozession 7,45 Uhr.

St. Josef. Montag, den 25. April: 6,45 Uhr Markus-Prozession. 7,15 Uhr Bittamt.

St. Klara. Dienstag, den 26. April: 6 Uhr Antoniusandacht.

Werth. Montag, den 25. April: 7 Uhr Litanei von allen Heiligen, hl. Messe um gedeihliche Witterung.

Anholt. Montag: Ewiges Gebet.

Rhede. Montag, den 25. April: 7 Uhr Bitthochamt, darauf Bittprozession.

Evangelischer Gottesdienst.

Bocholt. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Taufen.

Anholt. 10 Uhr Gottesdienst. 11,10 Uhr Kindergottesdienst. — Donnerstag nachmittag 3 Uhr Frauen- und Jungfrauen-Verein (Evangel. Frauenhilfe).

Verantwortlich für den Textteil: für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. iur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münster and Alfons von Bevern Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Jacher und Dr. Häfner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster Verlag: A. & K. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. B Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Remmkes Bocholt

..... und dann - nicht vergessen:
Suppen, Soßen, Salate, Gemüse werden beim Anrichten im Geschmack gekräftigt und verfeinert durch Zusatz einiger Tropfen
MAGGI's Würze.

Großes Radrennen in Rhede

Sonntag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr:

Eröffnungsfahren, Punktefahren, Mannschaftsfahren, Ausscheidungsfahren

Es starten: **Vollmering Josef, Bocholt / Feldmann Josef, Biersen / Bautz Franz, Bocholt / Gerlings Franz, Dinslaken / Krischke Paul, Hamborn / Warlotz Ludwig, Hamborn / Schlösser Bertholt, Köln / Esser Peter, Köln / Est Heinz, Bocholt / Petscheck Viktor, Bochum / Bzyl Tommy, Dortmund / Hasper Hermann, Dortmund / Otten Josef, Bocholt / Everding Bernhard, Bocholt / Witthaus Otto, Hamborn / Becker Hermann, Hamborn / Nolte Willy, Bocholt / Gerritzen Paul, Bocholt.**

Die Musik wird ausgeführt von der Bocholter Kriegerkapelle.

Das Tagesgespräch von Bocholt!

Die Wunderuhr

Im Saale des Arbeitervereins St. Paulus.

Nur einige Tage den ganzen Tag bis 10 Uhr abends. bk1072

R.-V. „All Heil"
BOCHOLT

Sonntag, den 24. April:

Wanderfahrt nach Rhede zur Radrennbahn.

Abfahrt 2 Uhr nachm. vom Fahrradhaus Peltzer. DER VORSTAND.

Städtische Freiwillige Feuerwehr Bocholt

Am Montag, den 25. April, abends 8¼ Uhr

Gesamt-Uebung

Antreten punkt 8,10 Uhr am Gerätehause (Langenbergstraße).

Anschließend

Mitglieder-Versammlung

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

Das Kommando.

„Lindenhof"

Samstag abend:

KONZERT

Sonntag von 11–1 und ab 7 Uhr:

Gastspiel Schneider-Jakobi

der bekannte Vortragskünstler und Melodramatiker in neuen herrlichen Kostümszenen.

Eintritt frei! bk1075

Stadt Münster

Samstag und Sonntag: Original- 2655

„Jazz-Excentric"

Gut Hünting

Jeden Sonntag ab 4 Uhr:

KONZERT

Radsport-Verein „Radlerlust" Rhede, B. D. R.

Sonntag, den 24. April,

veranstaltet der Verein im renovierten Saale des Herrn Hengstermann sein diesjähriges

Frühlingsfest

Ab 6 Uhr:

TANZ

Fremde haben Zutritt. Entree 1.— M.

Musik: Bocholter Kriegerkapelle.

Es ladet freundlichst ein ck2651

DER VORSTAND.

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter: Im lokalen Teil: Lokale Anzeigen 7 Goldpf., Familienanzeigen 7 Goldpfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 7 Goldpfg behördl. Anzeigen, Finanzanzeigen, Auktionen, parteipolitische Anzeigen 8 Pfg. Bei nicht Barzahlung 20 Prozent Aufschlag. Im allgemeinen Teil (Zeneteil): Geschäftsanzeigen 40 Pfg., Anzeigen 15 Pfg., Rekl. 1.20 Mk.

Bezugspreis: 2,25 Goldmark, Einzelpreis 15 Pfg. Doppelnummer 20 Pfg.

Kreuzbund

Sonntag, den 24. 4., abends 7 Uhr, im Jugendheim Dietrichstraße

Versammlung

für alle Mitglieder Theater, Reigen, Aufnahme. Freunde und Gönner herzl. willkommen.

Krieger-Verein 16. A.-K.

Am Sonntag, den 24. d. Mts., vormittags 10 Uhr, findet die

Hauptjahres-Versammlung

i. Vereinslokal Kronenburg statt.

Tagesordnung

1. Aufnahme
2. Ergänzungswahl d. Vorstandes
3. Wahl d. Vergnügungsausschusses
4. Offizierswahl
5. Wahl der Kassenrevisoren
6. Abholen d. Fahne zum Vereinslokal
7. Verschiedenes.

Wir laden die Kameraden ein, mit der Bitte pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

St. Antonius-Schützen-Verein

feiert am Sonntag, den 24. April im Vereinslokal Kranefeld sein

Frühlingsfest

bestehend aus gemütlicher Unterhaltung und **Ball**. Anfang 5 Uhr. Gemütliche Stunden versprechend ladet frdl. ein.

Der Vorstand.

144er

Sonntag, 24. 4. 27. nach dem Hochamt

Versammlung

im Gesellenhause. Kameraden, die an der Wiedersehensfeier in Münster teilnehmen wollen, müssen unbedingt erscheinen.

Geflügelzucht-Verein für Bocholt und Umgegend e. V.

Sonntag, den 24 d. Mts., vormittags 11 Uhr

General-Versammlung

i. Vereinslokal Nienhaus, zu der sämtl. Mitglieder eingeladen werden.

Jahres- und Kassenbericht, Vorstandswahl u. Verschiedenes. Freunde und Gönner herzlich willkommen.

Der Vorstand.

---

3 Möglichkeiten

Seifengroßhandlung mit 3000 Mk. Barkap will sich im Rh.-Westf. Industriegebiet niederlassen und sucht entweder Ladenlokal mit Wohnung z. mieten, oder kl. Geschäftshaus zu kaufen, oder Teilhaber der Räume und etwas Kapital zur Verfügung stellen kann.

Gefl. ausführliche Angebote an Otto Meiners, Weilerswist Kr. Euskirchen Hauptstr. 37.

Um Samstags

eine pünktliche Lieferung zu bewerkstelligen, wird die Kundschaft gebeten, ihre Wäsche bis

Montags nachm. 5 Uhr in der

Filiale Nordstr. 14

abzugeben oder zum Abholen zu bestellen.

Bocholter Dampf-Wäscherei.

Tel. 2559.

Wo gehen wir am 1. u. 2. Mai hin?

Nach Lankern!

Dort feiert der Junggesellen-Schützenverein sein diesjähriges

Stiftungsfest

im neu dekorierten Zelt des Herrn Hogenkamp.

Es ladet freundl. ein

Der Vereinswirt: Heinr. Ridder.

HOTEL-RESTAURANT FRANKEN

REES a/Rh MARKT 32

Erstklassiges Bierrestaurant

Spezial-Ausschank des bekannten MÜNCHENER SPATEN hell und dunkel.

Stallung Auto-Garage

Zum

Schulanfang

Knaben-Anzüge

in Manchester, Halbwolle und Wolle.

Kleiderstoffe

Größte Auswahl. Allerniedrigste Preise.

Heinrich Schröer

Schützenstr. 30.

G. Elsinghorst, Ravardistr.

Stacheldraht, verzinkter Weidendraht

Großer Umsatz — Billige Preise

Drahtgeflechte 4- und 6-eckig.

G. Elsinghorst, Ravardistr.

Achtung! Achtung!

Landwirte

Samstag, den 23. April, vormittags 10 Uhr werden wir unseren tausendfach bewährten, auch in dieser Gegend mit dem besten Erfolg eingeführten

Heu- und Getreide-Aufzug

bei Herrn Franz Honsel in Suderwick im Betrieb vorführen.

Interessenten laden wir hierzu freundlich ein.

Wilh. Isenburg & Söhne, Breckerfeld i. Westf.

Sparkasse des Kreises Borken

Zweigstelle Rhede.

Annahme von Spareinlagen.

Scheck- und Kontokorrentverkehr.

An- und Verkauf sowie Verwaltung von Wertpapieren,

Beratung in allen Geldangelegenheiten.

Wir weisen auf die in unserer feuer- und diebessicheren

Stahlkammer

befindlichen **Schrankfächer** hin, welche unserer Kundschaft zur Aufbewahrung von Wertgegenständen aller Art zur Verfügung stehen.

GROSSER VORRAT in

Stacheldraht, glattem Draht, schwerem Drahtgewebe, Hühnerdraht in allen Breiten

zu billigen Preisen.

G. Hockers, Suderwick.

Telefon 128. ck2989

Feld- und Gartensämereien

Alle Sorten Klee- und Grassamenarten, sowie Seradella zur jetzigen Einsaat, sind wieder eingetroffen. Ebenfalls empfehle sämtliche Sämereien für Gartenbesitzer. Zur Bepflanzung von Beete empfehle ich Stiefmütterchen, Bellis, Aurickeln, Vergißmeinnicht, sowie alle Sorten Stauden, Dahlienknollen, Gladiolen usw. zu äußerst billigen Preisen in bester Qualität

Gartenbau B. Beeking,

Samenhandlung

Münsterstraße 25. Fernruf 2355.

Waschmaschinen eig. Anfertigung, aus Pitschpine-Holz hergestellt, für Kraft- und Handbetrieb, ferner **Blumenkübel** (eichen) von 1.50 M. an, sowie **Butterkirnen, Waschfässer** und **alle anderen Fässer** erhalten Sie billig und gut bei

Heinrich Heisterkamp,

Küferei, Bocholt, Ostertor.

Fässer jeder Art werden gut und billig repariert.

DER SCHÖNSTE SCHMUCK

für Veranden, Balkon, Fensterbretter usw. sind unstreitig meine weltberühmten echten

Gebirgshängenelken!

Illustrierte Preisliste hierüber, sowie anderen Balkon-, Gartenpflanzen- u. Blumensamen gr. u. fr.

A. Gnadl, Versand-Gärtnerei, **Trudering** 463, Oberb. ck2623

Wer webt

auf einigen Stühlen greis Bettuchbiber in Lohn?

Angebote unter **Ck 2656** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

---

Rohbaumwolle

Leistungsfähige, eingeführte Bremer Baumwollfirma sucht für Bocholt für franko Waggon und cif-Original-Abladung geeigneten

Vertreter

mit den besten persönlichen Beziehungen per sofort.

Angebote unter **C. 5726** an **Wilh. Scheller,** Annoncen-Exped., Bremen.

Apollo-Theater

Ein unvergeßliches Programm für jeden!

Nur noch 3 Tage!

Samstag -:- Sonntag -:- Montag:

Ein Meister-Filmwerk, **allen deutschen Müttern gewidmet.**

Das deutsche Mutterherz

6 Akte!

Das Schicksal einer deutschen Mutter und ihrer fünf Söhne — **ein Hohes Lied der deutschen Mutter!** In der Hauptrolle (der Mutter) **Margarete Kupfer,** welche allen Filmfreunden bisher nur aus lustigen Rollen bekannt war. Die Presse allerorten bezeichnet diesen Film als eine bisher unerreichte deutsche Meisterleistung. Was Millionen Menschen in Freud und Leid bewegte, hier wird es Erlebnis in größter Kunst.

Mutteraug', in deine Bläue
Möcht ich all mein Lebtag sehn,
Möchte schaun die Lieb und Treue,
Die darin geschrieben steht.
(Volkslied.)

Zu diesem Großfilm bringen wir den Lustspielschlager:

KOMTESS BUBIKOPF

Eine lustige Geschichte einer argen Verwechselung in 6 Akten für Leute von 18-80 Jahren. In der Hauptrolle: **Carmen Boni.**

Ferner: **„ER" Harold Lloyd** in dem Lustspiel:

„ER" als Soldat

Große Heiterkeit.

Jugendliche haben zu den ersten Nachmittags-Vorstellungen Zutritt.

Wo gehen wir Sonntag hin?

Zum Bürgerkrug

Ab 6½ Uhr:

KONZERT mit anschließ. TANZKRÄNZCHEN

Brieftauben-Verein „Luftsport", Bocholt.

Phänomen-Fahrrad

das über 30 Jahre eingeführte Marken-Rad mit besonders leichtem Lauf und hoher Stabilität

Heinrich Rose, Bocholt, Th. Wedding, Rhede und Borken, Heiligengeiststr. 10.

Caritas-Sterbevorsorge – das Gebot der Stunde!

Auskunft bei den Pfarrämtern und bei den Werbern: für Bocholt und Umgegend: **Keller,** Südmauer 13, **van Hüth,** Viktoriastr. 86a und **Ambour,** Ostmauer 1; für Anholt, Suderwick: **Franz Kortüm,** Anholt; für Rhede Rhedebrügge: **Jos. Pier,** Rhedebrügge. d763